

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 12 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 10 Mark, Reklame 30 Mark, für Versammlungsanzeigen 2 Mark pro Zeile. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Wir und die Wirtschaft

I.

Sie suchen nach einem zeitenden Ausweg aus dem wirtschaftlichen Wirrwarr unserer Tage. Wer helfen will, muß sich über seine grundsätzliche Stellung zur Wirtschaft klar sein. Ausgesprochene Gedanken nach dieser Richtung finden wir in einem Vortrage des Kollegen Dr. Köhler, gehalten auf dem kürzlich stattgefundenen Verbandstage des christlichen Bau- und Transportarbeiterverbandes. Wir empfehlen sie dem besonders aufmerksamen Studium unserer Leser.

Die Schriftleitung.

Eine Tatsache, die alle bei einigem Nachdenken als richtig zugeben werden, der aber dennoch in der Welt der Wirklichkeit häufig genug zuwider gehandelt wird, besonders in unseren Tagen, ist diese:

Die Produktion ist endlich.

Oder genauer ausgedrückt: Das Ergebnis aller wirtschaftlichen Tätigkeit hat seine Grenzen. In jedem Augenblicke war und ist das der Welt oder einem Volke zur Verfügung stehende Güterquantum, sowohl das Quantum der Produktionsgüter als auch der Konsumtionsgüter, begrenzt. Außerhalb und innerhalb unseres Volkes tut man aber so, als wenn diese Begrenztheit nicht gegeben sei. Die nicht zu leugnenden wirtschaftlichen Fortschritte, die uns das Zeitalter der Technik, der Maschinen und des Kapitalismus gebracht hat, haben die Völker und die Individuen so berauscht, daß sie die wirtschaftlichen Begrenztheiten übersehen, die trotzdem bestehen. Erst in neuerer Zeit, seit der Mangel uns drückt, fangen wir auch in Deutschland wieder an, das volle Gewicht der Tatsache der Begrenztheit der Produktion wieder gebührend zu empfinden. In demselben Augenblicke empfinden wir auch stärker, wenigstens in unseren Kreisen, in welcher entsetzlichen Maße unsere deutsche Wirtschaft unter der Nichtberücksichtigung dieser Binsenwahrheit zu leiden hat.

Der größtenteils Verstoß gegen sie liegt darin, daß aus der deutschen Wirtschaft dauernd gewaltige Gütermengen ins Ausland abfließen, ohne daß dafür Gegenleistungen von der ausländischen Wirtschaft für die deutsche Wirtschaft gemacht werden. Der Friedensvertrag und seine Auswirkungen sind der Grund dafür. Die Geld- und Sachleistungen, zu denen wir verpflichtet sind, sowie die Pflicht zur Unterhaltung des Besatzungsheeres und der tausenderlei Kommissionen, legen der deutschen Wirtschaft eine Belastung auf, die sie nicht tragen kann. Unser Kollege Schürmer hat neulich im „Deutschen“ eine Berechnung aufgestellt, wonach schätzungsweise in Deutschland jetzt schon drei Millionen Menschen tagaus, tag-ein damit beschäftigt sind, die Ansprüche der Entente zu befriedigen. Welche Belastung das für die deutsche Volkswirtschaft bedeutet, erkennt man am besten, wenn man sich ganz klar vor Augen stellt, daß diese drei Millionen Menschen alle direkt oder indirekt vom Deutschen Reiche und damit vom deutschen Volke bezahlt werden, daß sie vermittelt dieser Bezahlung aus der deutschen Volkswirtschaft ihren Unterhalt (Nahrung, Kleidung, Wohnung usw.) entnehmen, daß sie aber in die Volkswirtschaft, trotzdem sie arbeiten, auf der anderen Seite nichts wieder hineingeben, weil ihre Leistungen ja ohne Gegenleistungen an das Ausland gehen. Diese drei Millionen Menschen sind also rein wirtschaftlich gesehen, für unsere Volkswirtschaft eine Last wie drei Millionen Arbeitslose; denn auch die volkswirtschaftliche Belastung durch Arbeitslose besteht ja darin, daß sie aus der Volkswirtschaft ihren Unterhalt entnehmen, aber keine Güterwerte wieder hineingeben. Ja, diese drei Millionen sind insofern noch eine größere Belastung als Arbeitslose, als sie vermittelt des Geldes, das sie verdienen, der Volkswirtschaft mehr entnehmen können, als es bei den meist besitzlosen und bestenfalls auf kurze Unterstüßung angewiesenen Arbeitslosen der Fall ist. Wer bedenkt das? Wer überdenkt die Notwendigkeit des Steigens der Preise für alle Waren, die sich daraus ergibt?

Nun sind es aber nicht bloß die direkten unentgeltlichen Leistungen an die Entente, die uns in dieser furchtbaren Weise belasten. Hinzu kommt nämlich noch, daß die Auswirkungen des Friedensvertrages uns den sogenannten Austausch Deutschlands gebracht haben. Er besteht darin, daß

die Ausländer infolge unserer entwerteten Mark für ganz wenig Geld zinsbringende Beteiligungen an deutschen Unternehmungen, an deutschem Boden und deutschen Häusern erwerben; daß sie ferner in ungezählten Mengen deutsche Fertigwaren zu lächerlich geringen Preisen über die Grenze bringen. Eine weitere Form des Austauschs ist die, daß in dem Deutschland, das seine eigene Bevölkerung nicht zu ernähren vermag, das zu einem erheblichen Teil auf teure Einfuhr von Konsumgütern angewiesen ist, sich dauernd Hunderttausende von Ausländern aufhalten und aus der deutschen Volkswirtschaft für ein Spottgeld Nahrung, Kleidung und Wohnung beziehen. Und schließlich ist es auch nur eine Form des Austauschs, wenn unser Ausfuhrhandel dauernd hochwertige deutsche Erzeugnisse wegen der dauernden Marktwertung und der Abwehrzölle der fremden Staaten weit unter dem Weltmarktpreis an das Ausland absetzt. Die Benachteiligung, die aus diesen zuletzt angeführten Momenten der deutschen Volkswirtschaft, wo wir zwar nicht ohne Gegenleistung, aber doch gegen zu geringe Gegenleistung liefern, erwächst, ist noch nicht berechnet worden, ist auch wohl kaum ziffermäßig festzustellen. Sie dürften aber, vorsichtig veranschlagt, zur Folge haben, daß eine Million tätiger Menschen in Deutschland auch aus diesen Gründen ohne volkswirtschaftlichen Nutzen arbeiten.

Wenn die durch das Bemelmanabkommen ermöglichten privaten Verträge zwischen deutschen und französischen Unternehmern, die das Stinnes-Lubetac-Abkommen eingeleitet hat, ohne Rücksicht auf Lieferungsumfang und Lieferungsstempel durchgeführt werden, so ist es nicht ausgeschlossen, daß die Belastung des deutschen Volkes von außen her trotz der auf einige Zeit bewilligten Moratorien in der Zukunft noch wächst.

Ich frage, kann man angesichts dieser ungeheuren Tatsachen davon sprechen, daß dem Sage von der Begrenztheit der Produktion, der auch für Deutschland gilt, von außen her Rechnung getragen wird? Wenn man unter Missachtung dieses Satzes von außen her die deutsche Volkswirtschaft vernichten wollte, könnte man es kaum ärger machen. Doch das ist es ja gerade: Unsere Feinde kennen den Satz von der Begrenztheit der Produktion sehr wohl, und sie benutzen gerade diese Tatsache, um uns durch überhöhten Forderungen nicht zu Atem kommen zu lassen.

Wenden wir uns nunmehr der innerdeutschen Wirtschaft zu. Hier möchte ich dem Kapitulanten von der Begrenztheit der Produktion zunächst einen anderen hinzufügen:

Die Bedürfnisse der Menschen sind an sich maßlos.

Wer einen Anzug hat, kann zehn zu haben wünschen, wer zehn hat, kann alle zehn Tage einen neuen zu haben wünschen. Wer ein Kümmer hat, kann zwei zu haben wünschen, und wer zwei hat, kann eine Villa zu haben wünschen. Wer seine Wohnung mit Tannennöbeln eingerichtet hat, kann eine Mahagonie-einrichtung wünschen. Wer sich von einfacher Hausmannskost nährt, kann jeden Tag Braten und Wein zu genießen wünschen, und wer dieses hat, kann sein Begehren auf Mustern, Selt, Autofahren, Dienerschaft und Rennpferde richten. Dieses Wünschen und Begehren ist nicht an Stand und Klasse gebunden, wenn es auch nicht in allen Schichten im gleichen Maße hervortritt und die Erfüllung auch nicht überall die gleiche ist. Es genügt uns hier, festzustellen, daß der Wunschzettel der Menschen nach materiellen Gütern unendlich sein kann und es auch bei vielen ist. Da die Produktion jeden Augenblick endlich ist, so ergibt sich, daß in keinem Augenblicke alle Bedürfnisse aller Menschen eines Volkes befriedigt werden können.

Aus hieraus die richtigen Folgerungen ziehen zu können, stelle ich einen dritten Satz auf:

Die Bedürfnisse der Menschen sind von verschiedener Wichtigkeit.

Drei Kategorien können wir unterscheiden.

1. Die Kategorie derjenigen wirtschaftlichen Bedürfnisse, deren Befriedigung zur Erhaltung und Fortführung der irdischen Existenz nötig ist.
2. Die Kategorie jener wirtschaftlichen Bedürfnisse, deren Befriedigung der irdischen Ent-

faltung der Individuen und des Volkes dient (wirtschaftliche Güter als Unterlage von Wissenschaft und Kultur).

3. Kategorie jener Bedürfnisse, deren Befriedigung dem Wohlleben, der Leppigkeit, der Leidenschaft, der Proherei, der Länderei dient.

Jeder Vernünftige, Unverborene und Unberbildete wird zugeben, daß diese Wertstufung der Bedürfnisse richtig ist. Jeder Vernünftige muß daraus den Schluß ziehen, daß die Befriedigung der beiden ersten Kategorien wichtiger ist, als der der dritten. Man muß sich sogar auf den Standpunkt stellen, daß die Befriedigung der Bedürfnisse, die der dritten Klasse angehören, unter allen Umständen verhindert werden muß, auch wenn ein Volk wohlhabend ist, weil durch ihre Befriedigung, wie alle Geschichte lehrt, einem Volke die Kraft genommen wird, die Bedürfnisse der beiden ersten Kategorien weiterhin zu erfüllen.

Ganz allgemein kommen wir auf Grund dieser Einstellung zu dem Resultat: Es gibt gute und schlechte Bedürfnisse, und dementsprechend lassen sich die wirtschaftlichen Güter einteilen in notwendige und nützliche Güter einerseits und überflüssige und schädliche Güter andererseits. Um irgendwelche Mißverständnisse zu vermeiden, sei hier nochmals ausdrücklich hervorgehoben, daß zu den nützlichen Gütern auch alle diejenigen zu rechnen sind, die der irdischen Wohlfahrt, also der wahren Kultur, sei es ihrer Förderung, sei es ihrer Erhaltung, dienen.

Sind die aufgestellten Unterscheidungen aber berechtigt, so ergibt sich daraus für die Wirtschaftspolitik eines Volkes angesichts der Tatsache, daß die Produktion endlich ist, daß diese Politik auf eine Förderung der notwendigen und nützlichen Produktion und eine Bekämpfung der überflüssigen und schädlichen Produktion gerichtet sein muß, sofern sie den Namen Wirtschaftspolitik in Wahrheit verdienen will. Und was ganz allgemein gilt, das kann doppelt und dreifache Geltung beanspruchen für ein Volk, das durch schwere Belastung von außen her schon hart bedrängt wird.

Welche, ja im Wirtschaftsleben maßgebliche Kreise in Deutschland lassen diese Gedankengänge jedoch nicht gelten. Der Kapitalismus und der Sozialismus stehen ihnen beide entgegen. Sie ruhen beide im Materialismus. Daraus zieht der Kapitalismus die Folgerung, daß jegliche Produktion für jegliches Bedürfnis gerechtfertigt ist, daß Erwerb um des Erwerbs willen das Allerhöchste ist, und daß es dementsprechend erlaubt sein muß, Eier und Leidenhaft in dem Menschen zu wecken, um desto ausgiebiger dem Erwerb um des Erwerbes willen nachgehen zu können. So sehen wir die dauernde Bedürfnisüberreizung und das praktische Streben nach Befriedigung der Bedürfnisse auch der dritten Kategorie durch den Kapitalismus. Darin liegt seine Ungeheuerlichkeit. Sie liegt nicht in der Kapitalwirtschaft an sich, denn diese dient auch der Befriedigung der Bedürfnisse der beiden ersten Kategorien. Und der Sozialismus erklärt jedes Bedürfnis für anerkenntenswert. Er muß es, weil er sonst die Glückseligkeit auf Erden nicht verheizen kann. Ist aber jedes Bedürfnis anerkenntenswert, so muß die Produktion logischerweise auch die Mittel zur Befriedigung beschaffen. Und so sehen wir denn auch, daß der Sozialismus völlig verliert hinsichtlich der vernünftigen Gestaltung unserer Wirtschaft, von einer wahren Kulturwirtschaft gar nicht zu reden. Er erwartet alles Heil von der Sozialisierung, indem er von der sozialisierten Wirtschaft die Beseitigung der Begrenztheit der Produktion erwartet. Er spricht von den „unendlichen Springquellen genossenschaftlichen Reichtums“. Mit welchem Recht? Darüber äußert er sich nicht. Dort fängt seine Verwirrung an. Diese Verwirrung hat wiederum zur Folge, daß er sich nicht einmal darüber klar ist, was sozialisierte Wirtschaft ist. Kein Wunder, denn das soll eine Wirtschaft sein, die eine unmögliche Aufgabe zu lösen zugemutet wird: Die stets und unter allen Umständen begrenzte Produktion in Einklang mit unendlichen Wünschen materialistischer Menschen.

Der Gerechtigkeit halber muß zugegeben werden, daß nicht alle Menschen, die nicht auf materialistischem Boden stehen, die vorhin dargelegte Gedankensette praktisch anerkennen, und daß es andererseits Kapitalbesitzer und Sozialisten gibt, die ihr sowohl in ihren wirtschaftspolitischen Forderungen, als auch im praktischen Leben Rechnung tragen. Leider sind ihrer nur wenige.

Wir, als Anhänger und Vertreter der christlichen Gemeinwirtschaft, sehen weder im Erwerb um des Erwerbes willen, noch in der reißenden Befriedigung aller den Menschen anwandelnden Bedürfnisse das Höchste. Für uns ist die Wirtschaft nicht Selbstzweck. In unserem Programm steht der Satz:

Ziel und Mittelpunkt des Wirtschaftslebens ist der Mensch.

Das heißt, die gesamte Wirtschaft des Volkes, also die Volkswirtschaft, soll so arbeiten, daß jeder einzelne, sofern ihm nicht eigenes Verschulden zur Last fällt, in der Lage ist, nicht nur seine physische Existenz zu fristen, sondern auch Zeit und Gelegenheit zu finden, sein Familienleben im christlichen Sinne zu entfalten, er soll die Möglichkeit haben, ein ruhiges und geordnetes Familienleben zu führen und der Ausbildung besonderer Begabung Rechnung zu tragen. Nach unserer Auffassung hat die Volkswirtschaft dagegen nicht die Aufgabe, einen Erwerb oder ein Gewerbe nur deshalb gutzuheißen, weil es dem, der darin tätig ist, Geld einbringt, auch dann noch nicht, wenn mit diesem Geldeinbringen die individuelle Existenz gesichert wird. Für uns ist das wirtschaftende Individuum nicht außer Zusammenhang mit der gesamten Wirtschaft zu betrachten, und wenn jemand Geld verdient, so fragen wir uns: auf welche Weise hat er es verdient und zu welchem Zwecke verwendet er es? Diese beiden Fragen sind uns viel wichtiger, als die Fragen nach den Formen der Wirtschaft, wenn wir letzteren auch nicht jegliche Bedeutung absprechen. Über wir wissen, daß das Eigentum, die Grundform unserer Wirtschaft, ebensogut die richtige als die unrichtige Verwendung der Güter und Arbeitskräfte zuläßt, und daß etwa eine G. m. b. H. sowohl der Herstellung von schlechten, aber teuren Litoren als auch der Errichtung von Siedlungshäusern dienen kann. Und wir wissen andererseits, daß man in Staatsanstalten oder Selbstwirtschaftskörpern die Herstellung und den Vertrieb von möglichst viel Zigaretten für wichtiger halten kann als die Versorgung der Kinder mit Milch, und daß man deshalb die Zigarettenproduktion der Milchverarbeitung gegenüber den Vorrang einräumt. Darüber sollten nicht nur die Sozialisten etwas mehr nachdenken, sondern auch wir. Die Formen der Wirtschaft sind nicht das Wesentliche. Das „Was“ des Wirtschaftens und das „Wozu“ des Wirtschaftens muß ausschlaggebend sein. Es muß uns wesentlich sein als die Blüte einzelner privater Wirtschaften, ja, als die Blüte ganzer Erwerbszweige. Wir wehren uns also mit aller Entschiedenheit dagegen, daß gewirtschaftet wird zu dem Zwecke oder doch mit dem Ergebnis, daß dadurch diejenigen Wünsche und Begierden der Menschen befriedigt werden, die der Gier, der Leidenschaft, der Machtgier, der Sucht nach Übertrumpfung, der Geizgier entspringen. Für uns ist der Mensch nicht auf der Welt, sich auszuleben, sondern der christlichen Kultur zu dienen. Dieses jedem zu ermöglichen, dazu ist für uns sowohl die wirtschaftliche Tätigkeit des einzelnen als auch der Gesamtheit da. Daß wir mit dieser unserer Einstellung recht haben, ergibt sich daraus, daß wir mit ihr unserer Weltanschauung, unseren sittlichen Grundätzen, unserem deutschen Wesen — und auch den wirtschaftlichen Forderungen gerecht werden, die auch jeder Nichtchrist als richtig empfindet, sofern er nicht selbst dem Materialismus verfallen ist. (Fortf. folgt.)

Der Holzwucher verhindert den Wohnungsbau!

Die Krise der deutschen Bauwirtschaft, die zur Einstellung fast der gesamten öffentlich bezuschussten Wohnungsbautätigkeit zu führen droht, wird in erster Linie durch die rapide Verteuerung der Baumstoffe, namentlich durch die Steigerung der Materialpreise hervorgerufen. Die etwa 4 1/2 Milliarden Mark, die auf Grund der Wohnungsbauabgabe für die diesjährige öffentliche Bautätigkeit zur Verfügung standen, reichen bei weitem nicht für die Zuschüsse für etwa 100 000 Wohnungen aus. Nur etwa ein Drittel davon konnte bekommen werden — und selbst diese geringe Anzahl wäre unvollendet geblieben, wenn die Regierung nicht Hals über Kopf Anfang September noch 3 Milliarden als Zuschuß hergegeben hätte, um die begonnenen Bauten noch vor dem Winter fertig zu stellen.

Es war insbesondere die Verteuerung der Baumstoffe, der wir diese Ermüdung zu „verdanken“ haben. Während die Arbeitslöhne auf das 120—180fache der Friedenshöhe stiegen, stiegen die Preise für Zement auf das 20fache, für Stahl auf das 300fache, für Steine auf das 40fache, für Holz auf das 820fache der Friedenspreise!

Schon aus diesen Zahlen geht hervor, daß es namentlich ein für den Wohnungsbau sehr wichtiger Baumstoff

nämlich das Holz ist, der die Führung bei den Materialpreisen der Bauwirtschaft übernommen hat. Während das Festmeter Holz 1913 noch um 60 M zu haben war, muß man heute bereits 50 000 M und darüber anlegen. Da man den Holzbedarf für eine Wohnung von 70 Quadratmeter Grundfläche auf rund 10 Festmeter veranschlagen kann, beläuft sich der Holzetat allein für eine kleine Wohnung auf zirka 1/2 Million Mark.

Nun aber scheint diese Entwicklung der Holzpreise noch durchaus nicht zum Abschluß gekommen zu sein. Die Rundholzpreise, d. h. die Preise des im Walde liegenden frisch geschlagenen Holzes, haben in den letzten Wochen — also noch vor der neuerlichen Marktentwertung — weitere geradezu phantastische Steigerungen erfahren. Während das Festmeter Fichten- und Tannen-Nadelholz in Friedenszeiten mit 15—20 M gut bezahlt wurde, ergab eine Versteigerung des oberbayerischen Forstamtes Traunstein am 26. September Preise von 24 840 M bis 37 280 M für ein einziges Festmeter! Das ist das 1500—2000fache der Vorkriegspreise!

Wer aber glaubt, hier eine Ausnahme vor sich zu haben, der irrt ganz gewaltig. Schreibt doch sogar „Der Holzmarkt“, das offizielle Organ der deutschen Holzhändler, in seiner Nummer vom 6. Oktober:

„Wenn nicht sofort dieser wüsten Preistreiber auf dem Holzmarkt Einhalt geboten wird, tritt in der Holzwirtschaft in kurzer Zeit eine Katastrophe ein, die Ausfende und Zehntausende in den Abgrund reißt.“

Das ist wahrlich nicht zuviel gesagt, bedingen derartige Rundholzpreise doch einen Bauholzpreis von 80 bis 100 000 M für das Festmeter, so daß der Holzetat für eine einzige Wohnung damit auf zirka eine Million Mark steigt!

Die Auswirkung derartiger Preise auf unseren Wohnungsbau muß geradezu katastrophal sein! Der Vorschlag des „Deutschen Gewerkschaftsbundes“ zur Wohnungswirtschaft sieht für die nächsten beiden Jahre die Erstellung von 120 000 Wohnungen vor. Für die Wohnung sind rund 15 Festmeter Rundholz erforderlich, so daß der Wohnungsbau insgesamt 1,8 Millionen Festmeter Holz gebraucht. Bei einem Durchschnittspreis von 30 000 M für den Festmeter erfordert diese Menge den geradezu phantastischen Preis von 54 Milliarden Mark, eine Summe, die annähernd dem zehnfachen Betrage der gesamten im Jahre 1913 gezahlten Wohnungsmiete entspricht!

Aus diesen Tatsachen folgt ohne weiteres, daß die Entwicklung der Holzpreise jedes Wiederaufleben der Wohnungsbautätigkeit rücksichtslos zerschlägt. Wenn es nicht gelingt, diese Entwicklung energig zu bremsen — allem Geschrei der Interessenten zum Trotz —, dann ist es mit dem Wohnungsbau eben ein für allemal vorbei — und die Wohnungskatastrophe wird zu einer Explosion führen, die unserem deutschen Wirtschaftsleben den letzten Rest gibt!

Ist nun hiergegen nichts zu tun, müssen wir das Verhängnis wehlos über uns ergehen lassen?

Holz ist ein Rohstoff, den wir in unserem deutschen Vaterlande in solchen Mengen heigen, daß der gegenüber den Friedenszeiten stark gesunkene Bedarf damit ohne weiteres befristet werden kann. In den letzten Vorkriegsjahren verbrauchte Deutschland jährlich zirka 43 Millionen Kubikmeter Nadelholz. Davon entfielen:

auf das Baugewerbe	23 Millionen Kubikmeter
Grubenholzbedarf	7 „ „
Papierholz	6 „ „
Holzveredelungsindustrie	5,5 „ „
Schwellen, Rasten	1,5 „ „
Sa. 43,0 Millionen Kubikmeter	

Davon wurden 27 Millionen Kubikmeter im eigenen Lande gewonnen, 15 Millionen Kubikmeter eingeführt.

Durch den Gebietsverlust auf Grund des Friedensvertrages ist unser deutscher Forstbestand um etwa 10 Prozent und dementsprechend unsere Nadelholzerzeugung auf etwa 25 Millionen Festmeter jährlich verringert worden. Demgegenüber ist aber auch der Holzbedarf ganz erheblich gesunken. So dürfte allein der Holzbedarf für das Baugewerbe sich um mindestens 90 Prozent vermindert haben. Das bedeutet, daß wir gegenüber einer jährlichen Produktionsmenge von zirka 25 Millionen Festmetern, nur einen Eigenverbrauch von bestenfalls 23 Millionen Festmetern, also einen jährlichen Holzüberschuß von 2 Millionen Festmetern haben müßten, der jedoch — wie unten gezeigt wird — von der Spekulation einfach verschluckt wird! An die Entente sind bisher wesentliche Holz mengen noch nicht geliefert worden.

Man lasse sich nicht durch die Tatsache verblüffen, daß trotzdem noch gewisse Holz mengen über die Grenze kommen. So wurden z. B. in den Monaten Juni, Juli und August 1922 insgesamt 986 100 Tonnen gleich zirka 1,6 Millionen Festmeter Nadelholz nach Deutschland eingeführt. Hierbei handelt es sich jedoch in erster Linie um Papierholz, das zu hochwertigen Papieren verarbeitet wird, von denen in den angeführten 3 Monaten allein 190 400 Tonnen wieder ausgeführt wurden, sowie um ausländische Edelholzer, die zu Qualitätsmöbeln — ebenfalls meist zur Ausfuhr bestimmt — verarbeitet wurden.

Auf Grund dieser Angaben sollte man also annehmen, daß es nicht eine übermäßige Nachfrage sein kann, die zu dieser wahnsinnigen Preisgestaltung Veranlassung gibt. Und doch ist dem so. Wenn wir dem „Holzmarkt“ Glauben schenken dürfen, so ist es in erster Linie das gegen seitige Heraufstreiben der Händler bei den öffentlichen Holzversteigerungen, das die Aufwärtsspreise um mehr als das Doppelte überschreiten läßt. Nach den Berichten des genannten Blattes ist es insbesondere der unreelle Handel, der heute auf den Versteigerungen seine Orgien feiert. Die Erklärung dafür ist nicht so schwer. Holz ist heute ein Sachwert, der vielen Angehörigen der Marktentwertung als ein willkommenes Spekulationsobjekt erscheint. Der mafurische

„Holzkönig“ Anders hat auf seinen riesigen Lagerplätzen mehr als 100 000 Festmeter Holz — meist aus den ostpreussischen Staatswaldungen stammend — aufgetrieben, eine Menge, die seine Sägewerke kaum in drei Jahren aufzuschneiden in der Lage sind. Und dieser Herr Anders ist nicht das einzige Exemplar seiner Gattung. So wie ihn gibt es gewiß Hunderte, die Millionen von Festmetern Holz aufgestapelt haben, nur zu dem Zwecke, Millionen und Milliarden Spekulationsgewinn einzuharfen.

So verabscheuenswert ein derartiges Treiben aber auch immer sein mag, hier sitzen nicht die Alleinschuldigen. Mindestens die gleiche Verantwortung tragen die Forstbesitzer, die sich diese wilde Preistreiber schamlos gefallen lassen und wahllos an jeden verkaufen, der bereit ist, ihnen die höchsten Preise zu zahlen. — Wer sind denn nun eigentlich diese Herren Forstbesitzer die nur auf ihren eigenen Geldbeutel bedacht, Hand in Hand mit Schiebern und Spekulanten an der Bewucherung des deutschen Volkes arbeiten?

Da ergibt sich die überraschende Tatsache, daß die öffentlichen Verbände, Reich, Länder und Gemeinden fast zur Hälfte, genau zu 48,82 Prozent, die famosen Forstbesitzer sind, die in einer derartigen Weise ihr Eigentum verwalten!

Eine solche Feststellung muß doch wahrlich ein Gefühl tiefer Beschämung wachrufen. Zweifellos jedenfalls bei jedermann, der diesen Dingen objektiv gegenübersteht. Bei den mit der Vermarktung dieses öffentlichen Gutes betrauten Behörden scheint es allerdings anders zu sein. Die öffentlichen Verbände als die Besitzer fast der Hälfte des deutschen Waldbestandes hätten es selbstredend leicht in der Hand gehabt, die Preisentwicklung des Holzes maßgebend zu beeinflussen. Darauf aber hat man eben aus „Reffortpartikularismus“ verzichtet und so den privaten Forstbesitzern gewaltige Summen in die Taschen gespielt!

Jetzt ist nun der Augenblick gekommen, wo diese fiskalische Politik in ihrer ganzen Unvernunft enthüllt ist. So kann es einfach nicht weiter gehen! Inzwischen sind die Dinge aber so weit gediehen, daß eine Umkehr der staatlichen Politik allein auch nichts mehr nützen kann. Die einzige Möglichkeit, die Preisentwicklung des Holzes zu bremsen und in vernünftige Bahnen zu leiten, ist nur durch eine gemeinwirtschaftliche Regelung der ganzen deutschen Holzwirtschaft gegeben. Zu diesem Besufe fordert der „Deutsche Gewerkschaftsbund“ den Zusammenschluß der Forstbesitzer zu einem Holzlieferungsverband. Das ist eine Aufgabe, die organisatorisch kaum Schwierigkeiten bereitet, da in den meisten Provinzen Waldbesitzerverbände bereits bestehen. Alle Forstbesitzer hätten sich diesen Verbänden anzuschließen, die dann in ihrer Gesamtheit den Lieferungsverband bilden. Dieser Lieferungsverband hat nun die Pflicht, den gesamten für die staatlich bezuschusste Bautätigkeit erforderlichen Rundholzbedarf aufzubringen, und zwar zu einem Preise, der nach dem Vorschlage des genannten Unter Ausschusses des Reichstages 75 Prozent des durchschnittlichen Goldmarktpreises des Jahres 1914 beträgt.

Der Erfolg einer derartigen Maßnahme wäre schlechterdings durchschlagend. Nehmen wir den durchschnittlichen Goldmarktpreis von 1914 hoch mit 20 M an, so wären jetzt für den Festmeter 15 Goldmark, bei dem gegenwärtig geltenden Umrechnungsfuß von 20 Goldmark gleich 10 000 Papiermark 7500 Papiermark zu zahlen. Die benötigten 1,8 Millionen Festmeter würden somit nicht 54 Milliarden, sondern nur 13,5 Milliarden Mark kosten. Die Deffentlichkeit würde auf diesem Wege allein mehr als 40 Milliarden Mark ersparen!

Um nun eine Abwälzung dieses entgangenen Gewinnes auf die übrigen Holzkonumenten zu verhindern, müßte ein ähnliches Verfahren, insbesondere für das Papierholz durchgeführt werden. Dann scheint die einzige Möglichkeit gegeben, die unsinnigen Papierpreise zu senken und dem Zeitungsterben Einhalt zu gebieten. Gegenüber diesen Vorschlägen wird sich natürlich ein ungeheures Geschrei der Interessenten erheben. Man wird gegen diese beabsichtigte „Enteignung des Privateigentums“ Sturm laufen und vor keinem Mittel zurückzureden.

Die Lage ist klar. Rafft man sich in Regierung und Parlament nicht baldigt zu einem derartigen entscheidenden Schritt auf — mit Mitteln ist nun eben nicht gebiet — so steht der Zusammenbruch unseres Wohnungsbauwesens mit all seinen schwerwiegenden Folgen vor uns, deren letzte und größte der Zusammenbruch unseres ganzen Wirtschaftslebens ist!

Unsoziales in der Reichseinkommensteuer

Erneut geht die Forderung nach sozialer Ausgestaltung des Einkommens durchs Land. Ich meine: Der Worte sind genug gewechselt, laßt Daten folgen!

Da ist zunächst eine gründliche Revision des Einkommensteuergesetzes erforderlich, wenn nicht die künftigen Familien vollends zugrunde gehen sollen. Wie wenig sozial jetzt noch das Gesetz in Folge der Geldentwertung wirkt, dafür folgende Beispiele:

Bei Schaffung des Einkommensteuergesetzes vom 29. 3. 1920 wurde als steuerfreies Einkommen festgelegt für den Steuerpflichtigen 1500 M, falls derselbe verheiratet weitere 500 M, für jedes Kind weitere 500 M, bei einem Jahreseinkommen nicht über 10 000 M. Bei der Veranlagung konnten noch Werbungskosten in Anrechnung gebracht werden, die vergleichshalber mit 1800 M eingezogen sind.

Als Beispiel seien die Steuerverhältnisse eines verheirateten Maurers mit 6 Kindern zugrunde gelegt. Der erste Steuerabzug vom Lohn erfolgte im Juli 1920. Der

Tariflohn in Köln betrug damals 4,50 M pro Stunde, ergibt einen Monatslohn von $8 \times 4,50 \times 26 = 936$ M. Der hiererhöhte Betrag machte für den Monat 586,66 M, so daß an Steuern zu zahlen waren 36 M pro Monat oder 3,8 Prozent des Einkommens.

Durch Abänderungsgefez vom 11. Juli 1921 wurden folgende Abzüge festgelegt: für den Steuerpflichtigen 10 M, für die Ehefrau 10 M, für jedes Kind 15 M, sowie 15 M Werbungskosten pro Monat. Der Stundenlohn des Maurers betrug Juli 1921 7,68 M, $7,68 \times 8 \times 26 = 1597,44$ M Monatslohn. 10 Prozent Steuer = 159,74 M. Abzugsfähig $10 + 10 + 6 \times 15 + 15 = 125$ M. Bleiben an Steuern zu zahlen 34 M oder 2,1 Prozent des Einkommens.

Am 1. August 1922 gelten folgende Abzugsätze für den Monat: für den Steuerpflichtigen nebst Ehefrau je 40 M, für jedes Kind 80 M, an Werbungskosten 90 M. Der Maurerstundenlohn betrug im Oktober 115 M. $115 \times 8 \times 26 = 23920$ M Monatslohn. Davon 10 Prozent als Steuerbetrag = 2392 M. Abzugsberechtigt sind $40 + 40 + 6 \times 80 + 90 = 650$ M. Bleiben an Steuern zu entrichten 1742 M oder 7,5 Prozent des Einkommens.

Der ledige Steuerpflichtige mit demselben Einkommen zahlte Juli 1920 7,06 Prozent, Juli 1921 8,06 Prozent und Oktober 1922 9,9 Prozent seines Einkommens als Steuer, während auf den Familienvater mit 6 Kindern eine Steigerung von 3,8 auf 7,5 Prozent entfällt. Dieses bedeutet eine Mehrzahlung von 885 M für den Monat Oktober.

Zu prüfen bleibt noch, ob die Einkommenssteigerung größer ist, als die Teuerungsteigerung. Die Steigerung des Tagelohnes gegenüber 1914 macht für den Oktober 1922 das 133,3fache aus. Die Teuerungsteigerung, an den Maßziffern des Statistischen Amtes der Stadt Köln gemessen, beträgt das 184,10fache. Also trotz Minder-einnahme erhöhte Steuerleistung.

Abhilfe tut also dringend not. Es bliebe zu erwägen, ob nicht statt der festen Abzugsätze gleitende Sätze geschaffen werden könnten. Die festen Sätze hätten Berechtigung bei stabilen Geldverhältnissen, sind aber, wenn sie geschaffen werden, meistens durch die Teuerungsverhältnisse überholt. Die Einkommenssteigerung der Lohnarbeiter und Selbstbedienenden bedeutet heute keine Besserstellung ihrer Lage, als vielmehr ein meist mehr schlecht als recht gelungener Ausgleich der Teuerung. Wie die obigen Beispiele zeigen, müßte es doch möglich sein, für die Abzüge einen gewissen Bombardement festzulegen, unter Berücksichtigung einer Mindest- und Höchstgrenze.

Nach den obigen Beispielen zahlte der verheiratete Steuerpflichtige:

	Juli 20	Juli 21	Oktober 22
ohne Kinder	6,6	7,7	9,2 vom Hundert
mit 2 Kindern	5,7	5,08	8,2
" 4 "	4,8	4,-	7,9
" 6 "	3,8	2,1	7,5
" 8 "	3,05	0,3	6,6
der Ledige	7,06	8,06	9,9

des Einkommens als Steuer. Die Ungerechtigkeiten liegen klar zutage. Es müßte m. E. den Finanztechnikern möglich sein, statt des bisherigen Modus mit seiner umständlichen Rechnerei und mangelnden Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse, einen bestimmten Bombardement des Einkommens unter Berücksichtigung der Familienverhältnisse festzulegen.

Am 4. Novbr. 1922 ist der fünfundvierzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1922 fällig.

durchgerungen haben. Die christliche Gewerkschaftsbewegung ist in allererster Linie dazu berufen, daran mitzuarbeiten, daß wir den Weg aus der Not und Trübsal unserer Tage finden. Dieser großen Aufgabe gilt es, die ganze Kraft zu weihen.

Die Verantwortung der Arbeiterchaft

Das deutsche Volk steht vor sehr schwerwiegenden Entscheidungen. Die Marktkatastrophe legt sich rapide fort, sie ergreift nach und nach auch den Warenmarkt und den Beschäftigungsgrad in der Warenherstellung. Die Besürchungen, denen die deutschen Gewerkschaften in ihren Gedenschriften für die Konferenz von Genoa Ausdruck gegeben haben, erweisen sich nunmehr in vollem Umfange als richtig. Wir sind bedroht vom Schicksal Deutsch-Oesterreichs und höchstwahrscheinlich sogar noch von weit schlimmeren Ereignissen. Ein innerpolitisches Chaos wäre gleichbedeutend mit der Vernichtung unserer wirtschaftlichen und politischen Freiheit. Verschärfen sich jetzt die Gegensätze zwischen den Parteien zum offenen Kampfe, so wird keine Macht der Welt uns vor einem weiteren Eindringen fremder Besatzungstruppen in die deutschen Industriegebiete schützen können.

Viel wird davon abhängen, ob die deutsche Arbeiterbevölkerung in dieser schweren Stunde sich entschlossen hinter ihre gewerkschaftlichen und politischen Führer stellt. Russische und auch westeuropäische Agenten treiben sich in großer Zahl in Deutschland herum, um das notleidende Volk zu unüberlegten Schritten anzuhaken und bei einem Zusammenbruch im Trüben zu fischen. Die Arbeiter und Angestellten müssen bei aller Not der Tatsache eingedenk sein, daß die Vernichtung der Freiheit unserer Wirtschaft gleichbedeutend ist mit der völligen Verflabung unseres Volkes. Industrie und Landwirtschaft sind die Quellen unserer Volkskraft. Gerät die Industrie unter fremdländische Kontrolle, so stehen alle sozialen Errungenschaften der Arbeitnehmer auf dem Spiel. Man überfieht in Deutschland nur zu leicht, daß den jetzt in London und Paris am Ruder befindlichen Kreisen die politische und soziale Freiheit der deutschen Arbeiterchaft ein Dorn im Auge ist. Das Streben der Arbeiterchaft muß jetzt vor allem darauf gerichtet sein, daß die Kohlenversorgung und der Eisenbahverkehr, die Beschäftigung in der gewerblichen Warenherstellung und die Lebensmittelversorgung auch nicht einen Augenblick stille stehen. Anderenfalls sind unsere Volksmassen, die ohnehin schwer um ihre Existenz kämpfen und nur von der Hand in den Mund leben, sofort dem Hunger, der Kälte und bitterster Not preisgegeben. Der Ernst der augenblicklichen Lage kann gar nicht übersehen werden.

Verantwortungsloser Besitz

Im „Deutschen“ (Nr. 24) wendet sich Dobifant entschieden gegen die Versuche gewisser Kreise, für unsere wirtschaftlichen Notzustände ausschließlich das Versailler Diktat verantwortlich zu machen.

„Wir müssen uns endlich darüber klar werden, daß die außenpolitische Not, so sehr sie die Grundlage für die ganze Entwicklung ergibt, uns nicht der Notwendigkeit enthebt, uns innerhalb unserer Grenzen sehr entschieden gegen Dinge zu wehren, die nicht unbedingt daraus folgen müssen oder mit heimischen Mitteln bekämpft werden können. Dahin gehören die wüsten Sprünge der Devisenkurse. Herr Poincaré treibt die Mark allein schon genügend herunter, kommen noch die Geldspritzen dazwischen, die bei uns vom Schwunde der Mark ihre Existenz betreiben, so verhindert das die geschlossene Gemeinschaft der Nation gegen die äußere Verdrängnis und schafft jene soziale Verbitterung, die — sollte sie in diesem Winter explodieren — unser Vaterland zerreißt wird. Nur jetzt keine oberflächlichen Beschuldigungen äußerer Feinde für Erscheinungen, die als solche eigennützigen Absichten einzelner Gruppen entspringen, und die mit Vorbedacht „außenpolitisch“ verteidigt werden, in Wirklichkeit aber nur in der irdischen Ausnutzung von außen gegebenen Möglichkeiten bestehen.“

Als die Devisenverordnung angeht, liegt die Mark. Die Börse wurde furchtbar und lieferte damit den Beweis, daß es doch wohl Mittel geben muß, der volkswirtschaftlich schädlichen Verwendung der Devisen beizukommen. Als dann die Verordnung da war und, was wir für einen ihrer größten Fehler halten, vor allem die Eigengeschäfte der Banken ohne jede Kontrolle ließ, auch keine Devisenbeschlagnahme zuließ und jede nachprüfende Rückwirkung ausschloß, da ging in allen interessierten Wirtschaftskreisen der große Protestrummel los, dem die unlegbaren Schwächen und Vorläufigkeiten der Regierungsverordnung Vorstoß leisteten. Wir haben uns die Mühe gemacht, diese Proteste durchzusehen. Von einzelnen rein technischen Ratschlägen abgesehen, haben wir nur fruchtlose Kritik gefunden, die zwischen pathetischer Entrüstung und unverhüllter Schadenfreude hin- und her schwankt. Nirgends auch nur eine Spur aufbauender Vorschläge. Die Interessenten — wenn sie mit der Regierung beraten, pflegen sie als „Sachverständige“ sich anzubieten — haben in der sachlichen wirksamen Beratung der Regierung völlig versagt. Das schwere Mißstände bestehen, leugnet selbst die Börse, die an sich genau Bescheid wissen, nicht einen einzigen Gedanken. Sie sitzen vornehm im Parkett des Hauses und schauen zu, wie sich die Regierung im Gemeininteresse mit Dingen abplagt, die sie selber besser kennen und

vermutlich auch besser lenken würden, wenn — wenn sie ein einzig Mal so viel Opfermut aufbrächten, im Interesse der Volkswirtschaft ehrlich und unbestechlich ihre Mitarbeit anzubieten, oder doch wenigstens Vorschläge zu machen, die ihrer Meinung nach einen Ausweg bieten. Statt dessen wird die Regierung bei jedem Schritt, den sie auf diesem gefährlichen Boden tut, verhöhnt und verlacht wie ein JahrmarktseLOWN, und die Interessenten treiben bei wachsender Not des gesamten Volkes lächelnd ihre Geschäfte weiter. ... Inzwischen kommen wir auf einen Dollarkurs von 5000. —

Wir kommen bestimmt dahin, wenn nicht endlich diejenige Wirtschaftskreise, die im wesentlichen am Devisengeschäft interessiert sind, also in erster Linie die Banken, dann aber auch Handel und Industrie, die Verbandsbüros, die sie in Preisfragen so bewundernswürdig zu halten verstehen, dahin anwenden, daß volkswirtschaftlich schädliche Devisengeschäfte unterbunden und neu der eigenen Sachkunde auch die eigenen Wertbestände der Regierung zur Durchführung währungspolitischer Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden. Wir sind z. B. überzeugt, daß es in Deutschland genug gehäufte Devisenbestände gibt, mit denen sich die Getreidezufuhr zu vernünftigen Preisen durchführen ließe. Diese praktische Möglichkeit ist finanziell nur die verdammt Pflicht und Schuldigkeit feinstädtiger Staatsbürger ist, darf natürlich nicht in dem Sinne aufgefaßt werden, als wolle man damit den Bod zum Gärtner machen. Allerdings würde es vielen passen, die Staatankerklichkeit von dieser Seite her zu erschüttern. Es bleibt aber Tatsache, daß der innere Kampf gegen den Währungszerfall nur unter tätiger Mitarbeit der wirtschaftstarken Gruppen unseres Volkes durchgeführt werden kann, und eines ist sicher: wir wären nicht nur in unseren inländischen, sondern auch in unseren ausländischen Schwierigkeiten über manchen Berg hinweg, wenn die in Frage kommenden Kreise endlich diese uneigennütige Mitarbeit leisteten und den Mut zum Opfer fänden.“

Änderung der Wochenhilfe und Wochenfürsorge

Das Gesez über Wochenhilfe vom 9. Juni 1922 ist durch Verordnung vom 22. September (siehe Reichsgesetzblatt vom 29. 9. 22) geändert worden. Der im § 195a vorgezeichnete einmalige Betrag für Entbindungskosten ist von „zweihundertfünfzig“ auf „fünfhundert“ Mark, das Wochenlohn von mindestens „sechs“ auf „fünfzehn“ Mark, das Stillgeld von mindestens „acht“ auf „dreißig“ Mark erhöht worden.

Im § 205a Abs. 3 ist das Wort „vierhundert“ durch das Wort „fünfzehn“ und das Wort „acht“ durch „fünfundzwanzig“ zu ersetzen.

Die Frauen oder Töchter von Versicherten, welche nicht auf Grund eigener Versicherung Wochenhilfe erhalten, haben, soweit sie mit dem Gatten oder Vater in häuslicher Gemeinschaft leben, in Zukunft als Wochenlohn „fünfzehn“ und als Stillgeld „fünfundzwanzig“ Mark täglich zu erhalten. Ebenso haben dieselben Anspruch auf „fünfhundert“ Mark Entbindungskosten.

Die Änderungen treten mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Sie gelten, von diesem Tage an, für den Rest der Bezugszeit auch für solche Entbindungsfälle, welche vorher eingetreten sind.

Bei der Wochenfürsorge treten dieselben Erhöhungen wie bei Frauen von Versicherten ein. Anspruchsberechtigt sind Wöchnerinnen, deren Einkommen, einschließlich des Einkommens des Ehemanns, im Steuerjahre 1921 „fünfzehntausend“ Mark nicht übersteigt. Dieser Betrag erhöht sich um „fünfhundert“ Mark für jedes Kind unter 15 Jahren. Wird das Einkommen eines späteren Jahres, des Jahres der Entbindung, bei der Prüfung des Anspruches zugrunde gelegt, so beträgt die Einkommensgrenze, bis zu welcher „Bedürftigkeit“ angenommen wird, „dreißigtausend“ Mark. Dieser Betrag erhöht sich dann um „fünftausend“ Mark für jedes Kind unter 15 Jahren. Auch diese Änderungen treten mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Wirtschaftliche Bewegung

Bezirk Glettwig D./S.

Bei den am 27. Oktober ds. Js. in Gindenburg D./S. stattgefundenen Lohnverhandlungen mit dem Arbeitgeberverband für den oberhiesigen Industriebezirk sind ab 27. Oktober einschließlich folgende Stundenlöhne festgesetzt:

	West D./S.	Ost D./S.
Maurer, Zimmerer, Zementfacharbeiter, Einschaler für Beton	161,-	169,-
Zementarbeiter	153,-	161,-
Bauhilfsarbeiter, geübte üb. 19 J.	145,-	153,-
Bauhilfsarbeiter, ungeübte, Platzarbeiter und Tiefbauarbeiter über 19 Jahre	132,-	135,-
Tiefbauarbeiter über 18 Jahre	103,-	106,-
Tiefbauarbeiter über 17 Jahre	75,-	79,-
Tiefbauarbeiter über 16 Jahre	57,-	61,-

Müchel- und Steinarbeiter erhalten auf ihren Tariflohn 1,50 M. pro Stunde mehr.

Der Wochenbeitrag beträgt ab 46. Woche für Maurer und Zimmerer 160 M., für Bauhilfsarbeiter 140 M. und für Tiefbauarbeiter 130 M.

Rheinland-Westfalen

Schleisspruch vom 27. Oktober 1922

Die Löhne aller Arbeiter im gesamten Tarifgebiet werden ab 1. 11. 1922 um 47,5% d. h. in der Spitze für den Bezirk Köln (einschließlich Düsseldorf) um 55 M. für den Facharbeiter erhöht, mit der Maßgabe, daß letztmalig zur Herbeiführung einer einheitlichen Laufzeit der Tariflöhne im gesamten Gebiet den Arbeitnehmern im Bezirk Köln ein-

Allgemeine Rundschau

Durch Einigkeit und Arbeit im Inneren zur Freiheit!

Düstere Schatten ruhen auf dem deutschen Land. Trotz und allem, so schließt optimistisch der Geschäftsbericht der christlichen Gewerkschaften für das Jahr 1921, wäre es eines Volkes, und erst recht einer Bewegung, welche vorwärts und aufwärts strebt, unwirksam, wollten wir an der Zukunft des deutschen Volkes verzweifeln. Nein! Die christliche Arbeiterbewegung glaubt an Deutschland! Ein Volk wie das deutsche, dem keine Latkraft und Intelligenz erhalten blieb, wird sich schließlich im wirtschaftlichen Leben der Völker wieder seinen Platz sichern. Nicht wieder kann der Aufbau der europäischen Wirtschaft an Völkerverfall und politischer Kurzsichtigkeit scheitern. Der außenpolitische Druck kann nicht dauernd auf uns lasten bleiben. Des ganzen Volkes Streben und Bemühen muß darauf gerichtet sein, den Zeitpunkt, der uns wieder frei atmen läßt, in nähere Ferne zu rücken. Durch Einigkeit und Arbeit im Innern zur Freiheit! Diese Losung soll die der christlichen Gewerkschaften sein. Wir haben die sittliche Pflicht mitzubekämpfen und mitzuarbeiten. Nur Kritik und schmollendes Beiseitegehen bessert nicht, sondern reizt nieder. Eine Bewegung, welche sich der Verantwortung gegenüber dem Volksganzen bemußt ist, wird auch nicht daran vorbeigehen können, all den Fragen praktisch das Wort zu reden, welche für den Wiederaufbau lebenswichtig sind, selbst wenn deren Praxierung in manchen Kreisen unpopulär ist. Die Frage der Steigerung der Produktion hat sich für manche Gewerbe zu einer Schicksalsfrage für die Volksgemeinschaft ausgeweitet. In solchen Zeiten darf für Gruppenegoismus kein Raum sein. Wohl ist mit aller Entschiedenheit an der gesetzlichen Grundlage des Achtstundentages im allgemeinen festzuhalten. Jedoch die christlichen Gewerkschaften anerkennen die Pflicht der Mehrarbeit auf dem Wege gegenseitiger vertraglicher Abmachungen in all den Bezirken, wo diese Mehrarbeit eine Notwendigkeit im Interesse der deutschen Wirtschaft ist. Nur dann, wenn alle Kreise und Schichten unseres Volkes sich auf das große Ganze einstellen und mehr vom gegenseitigen Geden und der Einstellung auf das eigene Ich lassen, wird der Zeitpunkt näher rücken, wo wir uns wieder

schließlich Düsseldorf und bergisches Gebiet dieser Lohn bereits vom 27. Oktober 1922 einschließlich gezahlt wird. Dabei wird der so errechnete Stundenlohn im Bruchteil über 50 Pfg. auf volle Mark nach oben, im Bruchteil unter 50 Pfg. auf volle Mark nach unten abgerundet, doch sind die bestehenden prozentualen Abstände beizubehalten. Die Lohnzuschläge in dem bisherigen Tarifgebiet des Westdeutschen Baugewerksverbandes erhöhen sich in § 4 Ziffer 5a von 3 M. auf volle 10 M., g. h. i von 6 M. auf 20 M., in Ziffer 5a von 12 M. auf 40 M. Hinsichtlich der Wegearbeiter im Kölner Tarifgebiet ist bis zum 5. November 1922 mit Wirkung ab 1. November 1922 eine Regelung herbeizuführen. Die Parteien haben sich bis zum 31. Oktober 1922, abends 6 Uhr, dem Vorsitzenden gegenüber über die Annahme des Spruches zu äußern. Wenn bis dahin keine gegenseitige Mitteilung erfolgt, gilt der Spruch als angenommen.

Das Bezirkslohnamt für das Baugewerbe in Düsseldorf.

Nach diesem Schiedsspruch betragen die Stundenlöhne im rheinisch-westfälischen Industriegebiete, im Sauerland und im Lohngebiet I des Vertragsgebietes Münsterland, ab 1. November 1922 für

Maurer	167,—	Mark
Zimmerer	170,—	"
Hilfsarbeiter	161,—	"
Bauarbeiter	153,—	"
Platzarbeiter	158,—	"
Maschinen I. Kl.	173,—	"
Maschinen II. Kl.	167,—	"
Maschinen III. Kl.	167,—	"
Zuschläger	158,—	"
Die Stundenlöhne der Spezialberufe steigen automatisch mit denen der Hauptberufe. Sie betragen für		
Dachdecker	177,02	Mark
Strohmacher	175,35	"
Heizer	169,05	"
Blattleger	195,40	"
Stukkatoren	192,05	"
Fuger	175,35	"
Der Wochenlohn der Poliere beträgt 8635 Mark.		
Der Wochenlohn der Schichtmeister beträgt 8867 Mark.		

Polier- und Schichtmeisterbewegung

Tariflose Zeit!

In Nr. 38 der „Baugewerkschaft“ ist über den Stand der Verhandlungen zum Abschluss eines neuen Polier- und Schichtmeistervertrages berichtet worden. Damals durfte man noch hoffen, vor Ablauf des alten Vertrages zu weiteren Verhandlungen mit den Arbeitgebern zu kommen. Inzwischen ist ein Zustand wie vor dem Kriege, nämlich eine tariflose Zeit, eingetreten. Noch wird manchem Kollegen nicht klar sein, was das bedeutet. Die ungünstigen Wirkungen wird aber jeder zu spüren bekommen, sobald die Konjunktur nachläßt. Mancher Arbeitgeber, der in seinem Polier- und Schichtmeister wirklich den Vertrauensmann sieht und dieses Verhältnis auch erhalten will, wird ja auch in einer vertragslosen Zeit ihm geben, was seiner Leistung und seiner Verantwortung entspricht. Aber leider sind solche einsichtigen Arbeitgeber dann gerade durch den materialistisch-mammonischen Zeitgeist in das frühere gute Verhältnis zwischen Polier- und Unternehmern verdrängt worden. Es kann deshalb heute nicht gehen, daß sich die Poliere auf gute Worte und Versprechungen verlassen. Ein Vertragsverhältnis, das die Arbeitsbedingungen der Poliere einschließlich für den gesamten Fernstand regelt, ist unbedingt notwendig. Die große Mehrheit der Poliere und Schichtmeister will auch eine Vertrags- und ist bereit, Opfer dafür zu bringen. Manche aber sehen uninteressiert beiseite. Wohl sind sie organisiert, aber nur so: „nur leider“. Das genügt heute nicht mehr. Der Kampf um ihr elementarstes Arbeitsrecht muß die Poliere und Schichtmeister in einer einheitlichen, geschlossenen Front finden. Denn es gilt jetzt nicht so sehr, um die Lohngestaltung zu kämpfen, sondern das Mitbestimmungsrecht der Poliere beim Arbeitsvertrag muß durchgesetzt werden, und zwar endgültig. Diese Lage fordert von den Polieren sofortiges Eintritten des einen für den anderen und weiter Opferwilligkeit. Erst in der Opferwilligkeit zeigt sich der ganze Gewerkschaftler; und, Kollegen, zeigen wir, daß wir ganze Gewerkschaftler sind, die um ihr Recht zu kämpfen wissen! Halten wir aber auch Disziplin! Kein Kollege und keine einzelne Gruppe darf sich zu Eigenmächtigkeiten hinreißen lassen. Nur einheitlicher Hand-in-Handarbeit aller Kampfkollegen in allen Organisationen wird was zu dem gewünschten Ziele bringen, nämlich einem Tarifvertrage, der den Polier- und Schichtmeister in gerechter Weise Lohnung trägt. Das Ziel wird in nächster Zeit bekannt gegeben. Die Vorbereitungen zur Erlangung eines Vertrages werden eifrig weiter betrieben.

Bau-Rundschau

Erhöhungen der Geschäftsanteile in unseren Bauproduktgenossenschaften

Die jüngst erschienene 10. Heft der „Genossenschaftlichen Bauzeitung“ berichtet ausführlicher über erhebliche Geschäftsanteilerhöhungen in einer ganzen Anzahl von Bauproduktgenossenschaften, so in Berlin, Köln und Essen auf 200 %, in Chemnitz und Dortmund auf 300 %, in Krefeld auf 500 %. Weitere Genossenschaften hatten in nächster Zeit außerordentliche Generalversammlungen ab, an denen

Tagesordnung ebenfalls die Erhöhung der Geschäftsanteile steht. Bei diesen Erhöhungen handelt es sich um Maßnahmen, die anlässlich der riesigen Geldentwertung notwendig geworden sind. Die Lohnsteigerungen, namentlich aber die riesigen Materialpreiserhöhungen und dazu die verschärften Zahlungsbedingungen, machen eine Erhöhung des Eigenkapitals der Bauproduktgenossenschaften dringend erforderlich. Es ist zu begrüßen, daß die dahin zielenden Bestrebungen der Geschäftsleitungen ganz allgemein bei den Mitgliedern auf sehr großes Verständnis und Entgegenkommen stoßen.

Preußen für die Förderung des Siedlungsbaues

Mehrere im preußischen Landtag angenommene Entschlüsse beziehen sich auf die Förderung des Siedlungsbaues. Das Reichsministerium wird ersucht, Zwischenkredite für Siedlungen, auch über den Betrag von 300 Millionen Mark hinaus, zur Verfügung zu stellen. Auch die Ausführungsbestimmungen für die Bereitstellung von staatlichen Ueberteuerungszuschüssen sollen baldigt vorgelegt werden. Ein weiterer Antrag verlangt zur Behebung der Wohnungsnot schnelle Regierungsmaßnahmen zur Förderung der Neubautätigkeit.

In Berlin ist nunmehr die Preußische Landespfandbriefanstalt mit einem vom preußischen Staat eingezahlten Grundkapital von 25 Millionen Mark errichtet worden. Ihre Aufgabe ist, im preußischen Staatsgebiete Kinderbemittelten Darlehen für den Neubaubau zu gewähren.

Satkräftige Maßnahmen für den Wiederaufbau Oberschlesiens

Die preußische Regierung will dem Wiederaufbau der durch die neue Grenzregulierung durchschnittlichen ober-schlesischen Wirtschaftsgebiete mit allen Mitteln fördern. Die diesbezüglichen Pläne erstrecken sich auf die Umlegung von Verkehrswegen, die Erweiterung von Wasserwerken, Erschließung neuer Steinkohlenfelder, Ausdehnung der bestehenden städtischen Schächte und Eisenbahnen, sowie Erschließung des Bierzehausens. Hierdurch wird der Bau von zunächst 3500 Arbeiterwohnungen notwendig. Für die Flüchtlinge sollen Wohnungen ohne Rücksicht auf die Steigerung der Baukosten gebaut werden. Auch die Privatindustrie soll großzügige industrielle Erweiterungsarbeiten und Anlagen von Siedlungen planen, so daß dem ober-schlesischen Baugewerbe in den nächsten Jahren eine reichliche Beschäftigung zu winken scheint.

Baden für Abbau der gebundenen Wohnungswirtschaft

Wie die „Germania“ berichtet, hat der Badische Landtag folgenden Antrag mit 8 Stimmen Mehrheit angenommen:

„Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß im Interesse der Behebung der Wohnungsnot durch intensive Neubautätigkeit unverszüglich der planmäßige Abbau der Zwangswirtschaft des Wohnungswesens in die Wege geleitet wird.“

Der Kampf um das Mieterwohnungsrecht, der in nächster Zeit im Reichstag entbrennen dürfte, wird die Entscheidung bringen, ob „frei“ oder gebundene Wirtschaft im Wohnungswesen. Wer sich mit den Dingen ernsthaft beschäftigt, dürfte wahrlich nicht im Zweifel darüber sein, was im Interesse der Allgemeinheit des deutschen Volkes liegt, 150-200fache Friedensmieten bei „freier“ Wirtschaft oder aber eine gebundene Wirtschaft mit einer Wohnungsabgabe, die vielleicht das 10- bis 20fache der Friedensmiete beträgt und uns die jährliche Herstellung von 100- bis 150 000 Wohnungen ermöglicht.

Nur nach der Lohnschraube?

Das „Zentralblatt der Bauverwaltung“ (mit Nachrichten der Reichs- und Staatsbehörden) bringt in seiner Nr. 41 folgende Notiz:

„Die Baukosten sind nach einer Zusammenstellung in „Baumarkt und Gemeinbedarf“, 39./40. Heft, die die Preise der wichtigsten Baustoffe und Löhne von 1914, vom 1. März 1921, 31. Mai und 21. September d. J. vergleicht, für ein mittleres Mietshaus mit Erdgeschoss und 4 Stockwerken auf 2040 bis 4080 M., für ein herrschaftliches Wohnhaus mit Erdgeschoss und 3 Stockwerken auf 3750 bis 5400 M. und für eine Landhäuser auf 2800 bis 4000 M. für 1 Kubikmeter umbauten Raumes gestiegen (i. a. S. 327 d. H.). Die Zusammenstellung ist mit dem Vermerk versehen: „Alle Preise werden nur freibleibend von den Lieferanten abgegeben; sie zeigen weiter nach der Lohnschraube“, ein Vermerk, der heute als Motto über jeden Wirtschaftsbericht gesetzt werden könnte.“

Wirklich nur nach der Lohnschraube? Die vorstehende Notiz muß (und soll wohl auch) diesen Anschein erwecken. Es ist aber nicht wahr. Nach einer bis jetzt unüberprüften geübten Berechnung in Nr. 37 der „Baugewerkschaft“ verhielt sich der Anteil der wichtigsten Baustoffe und Löhne an den Gesamtbaukosten wie folgt: Juli 1914: Baustoffe 37 Prozent, Löhne 63 Prozent; Anfang Juli 1922: Baustoffe 53,7 Prozent, Löhne 46,3 Prozent; Anfang August 1922: Baustoffe 57,5 Prozent, Löhne 42,5 Prozent. Im weiteren Verlauf des Monats August hat sich das Verhältnis noch weit mehr zugunsten der Löhne verschoben. Es liegen nämlich die Preise der Baustoffen um etwa 150 Prozent, die Löhne um zirka 50 Prozent, so daß unter der Voraussetzung einer Goldparität von 20 Goldmark = 5000 Papiermark die Kosten der Baustoffe betragen zirka 70 Prozent, die Löhne zirka 30 Prozent. Das sind Tatsachen, die auch dem „Zentralblatt der Bau-

verwaltung“ nicht unbekannt sein dürften. Wenn es sich trotzdem die zitierte Bemerkung zu eigen macht und die darin zutage tretende Tendenz noch unterstreicht, so ist uns das nur ein weiterer Beweis dafür, mit welcher Skrupellosigkeit die heute so beliebte Stimmungsmache gegen die Bauarbeiter betrieben wird.

Französische Beurteilung der Sachlieferungsabkommen

Darüber berichtet der „Bau-Markt“:

Wer die Stimmung in den Kreisen Frankreichs verfolgt hat, die an dem Wiederaufbau am nächsten interessiert sind, hat feststellen können, daß die Widerstände der französischen Baustoffindustriellen gegen die Lieferung deutscher Materialien ganz erhebliche gewesen sind. Ihnen gegenüber konnten die geschädigten Bewohner, vertreten durch ihre kommunalen und provinziellen Verbände, mit der Zeit immer nachdrücklicher das Unvermögen des Aufbaues mit Hilfe nur französischer Kräfte betonen. Ihnen zur Seite standen schon seit längerer Zeit, bestimmt durch ihre speziellen Interessen, die französischen Bauunternehmer. Neben de Lubersac, dem Vertreter der Geschädigten, steht Despagnat, der Vorsitzende des Verbandes der Baugewerbetreibenden Frankreichs, als eifrigster Förderer der Lieferung deutschen Materials für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete.

Mehr als bisher wird in letzter Zeit wieder die Verwendung deutscher Arbeitskräfte in Frankreich diskutiert. Man versucht, sich an den Gedanken der Mitwirkung deutscher Arbeiter immer mehr zu gewöhnen. So liegt gegenwärtig eine Mitteilung zur Durchführung des Arbeitsprogrammes Le Troquer vor, die die Beschäftigung deutscher Arbeiter vorsieht. Es wird der Vorschlag gemacht, die Löhne, die den deutschen Arbeitern zu zahlen seien, zu gliedern. Ein Teil, etwa drei Fünftel, soll in Gutscheinen zur Bezahlung der Ernährung und Beschaffung von Kleidungsstücken, ein weiterer Teil für Ersparniszwecke in Mark ausbezahlt und ein dritter Teil schließlich von der französischen Regierung in Franken geleistet werden.

Ueber den von ihm abgeschlossenen Vertrag sprach in Solignos kürzlich de Lubersac. Er erklärte, die Wiederaufbaugenossenschaften müßten sich schon jetzt über die Verwendung der Materialien klar werden, denn es wäre sehr unangenehm, wenn man die Materialien, die Stinnes zu liefern gedachte, nicht sofort zur Verwendung bringe. Frankreich würde alsdann als ein Land verschrien werden, das keine Organisation und keine Methode habe. de Lubersac ist der Ansicht, das Stinnes die Ansicht habe, eine große Gruppe zusammenzubringen. Er behauptet, er arbeite schon in Oesterreich, in Ungarn, in Bayern und in anderen deutschen Gegenden, um Produktionsgemeinschaften zu gründen. Habe er doch schon eine monatlich e Lieferung von 20 000 Tonnen Zement vorgeschlagen. de Lubersac trat warm für sein Abkommen ein. Es sei ganz gleichgültig, ob die deutschen Industrieellen 6 oder 15 Prozent verdienen, wenn nur der Preis niedriger sei als der der französischen Waren. Wenn das nicht mehr der Fall sei, werde das Abkommen hinfällig.

Von den Arbeitsstellen

Anfall.

Erier. Ein schwerer Unfall ereignete sich am Samstag, den 21. Oktober, auf dem Weinkelnerbau des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums in der Jesuitentrafé. Die Arbeiten werden von der Firma Bauwens-Köln ausgeführt. Um 3 1/2 Uhr stürzte plötzlich ein in Arbeit befindliches Stück Bruchsteinmauerwerk von 7 Meter Länge und 8 Meter Höhe in sich ein und riss die daran beschäftigten Bauarbeiter, 3 Maurer und 2 Hilfsarbeiter, mit in die Tiefe. Der Hilfsarbeiter Heinz aus Preßf, Kr. Wittburg, wurde vollständig verschüttet und erlitt einen doppelten Schädelbruch und sonstige schwere innere Verletzungen, während die 4 anderen Kollegen, sämtlich Mitglieder unseres Verbandes, mit leichteren Verletzungen davontamen. Alle 5 Verletzten wurden sofort in das Krankenhaus der Barmherzigen Brüder gebracht, wo der Kollege Heinz tags darauf an seinen schweren Verletzungen gestorben ist.

Der Bauleiter der Firma will die Ursache in einem in der Mauer aufgeführten Luftschacht erblicken. Ob das stimmt, muß die Untersuchung ergeben.

Sterbetafel.

- Am 8. September verunglückte tödlich durch Schlag der Kollege Heinrich Bierbaum (Maurer) aus Wildrup. Ortsgruppe Hamm (W. u. Arb.).
- Am 3. Oktober starb in seiner Heimat in Kesselröden (Eichsfeld) unter langjähriges, treues Mitglied, der Kollege Hermann Rapp an Bauchfellentzündung. Verwalt. Gelsenkirchen.
- Am 5. Oktober verunglückte tödlich auf Besse Berne der Kollege Josef Heilmann (Arbeiter) aus Herbern. Ortsgruppe Herbern.
- Am 20. Oktober starb nach längerem Wagenleiden unter langjähriger Vertrauensmann Kollege Franz Basse (Steinarbeiter) im Alter von 62 Jahren. Er war Mitbegründer der Verwaltungsstelle Hannover und unserer Ortsgruppe Brehme. Wir werden ihn nie vergessen. Ortsgruppe Brehme.

Ehre ihrem Andenken!